
Mainz, den 25. November 2021

Pressemitteilung

Ampelvertrag: Realitätssinn und Gestaltungswillen in der Migrations- und Integrationspolitik Abschiebemoratorium für potentiell Begünstigte von Bleiberechtsregelungen muss kommen!

Der Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz sieht im Entwurf des Ampel-Koalitionsvertrags die Chance auf einen Paradigmenwechsel in der Migrations- und Integrationspolitik: *„Wer den aktuellen Ampelentwurf neben den Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2017 legt, muss anerkennen, dass in vielen Feldern Pragmatismus, Gestaltungswille und Menschenrechtsorientierung an die Stelle einer Ausgrenzungsideologie getreten ist. Nach Jahren des Stillstandes und der Rückschritte will die Ampel anhaltende Versäumnisse der Großen Koalition endlich angehen. Das halten wir für richtig“*, sagt Torsten Jäger, der Geschäftsführer des Initiativ Ausschusses

Neben der Ankündigung, den Diskriminierungsschutz in Deutschland verbessern sowie ein Demokratiefördergesetz, ein Partizipationsgesetz und ein modernes Einwanderungsrecht auf den Weg bringen zu wollen, begrüßt der Initiativ Ausschuss insbesondere die folgenden sechs Maßnahmenabsichten:

- **Flüchtlingsaufnahme:** Ausweitung des Resettlements und Schaffung eines dauerhaften Bundesaufnahmeprogramms, das „jetzt für Afghanistan“ genutzt werden soll;
- **Familiennachzug:** Wieder-Gleichstellung subsidiär geschützter Personen mit GFK-Flüchtlingen, Ermöglichung des Geschwisternachzugs und Möglichkeit, beim Ehegattennachzug den Nachweis von Deutschkenntnissen erst nach der Einreise zu erbringen;
- **Integrationsförderung:** Zugang zu Integrationskursangeboten unmittelbar nach der Einreise und unabhängig von der Staatsangehörigkeit sowie finanzielle Unterstützung der Integrationsarbeit in Ländern und Kommunen;
- **Einbürgerung:** Generelle Zulassung von Mehrfachstaatsangehörigkeiten und Verkürzung der Fristen sowie Einbürgerungserleichterungen für „Angehörige der Gastarbeitergeneration“;
- **Gesundheit:** Überarbeitung der Meldepflichten, um Menschen ohne Papiere Zugang zur Gesundheitsfürsorge zu ermöglichen und Verstärkung der psychosozialen Hilfen für Geflüchtete;
- **Bleiberecht:** Verbesserungen bei der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung, Verbesserung der Bleibeperspektive von langjährig Geduldeten durch ein „Chancen-Aufenthaltsrecht“ und die Erleichterung der Inanspruchnahme von § 25a und b AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei „guter Integration“).

„Wenn die Umsetzung dieser Vorhaben pragmatisch, lösungsorientiert und im Sinne der Betroffenen erfolgt, wäre das ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung von langjährigen integrationspolitischen

Herausforderungen. Es wäre vor allem auch ein Kontrapunkt zur Regierungspraxis der abgelösten Großen Koalition, die sich diesen Herausforderungen mit einer Abschreckungsrhetorik und Ausgrenzungspolitik entzogen hat, die nichts zu ihrer Lösung, aber viel zur Spaltung der Gesellschaft beigetragen hat“, sagt Torsten Jäger.

Im Hinblick auf die angekündigten Zugangserleichterungen zu einem Bleiberecht für langjährig geduldete Personen hält der Initiativausschuss allerdings ein sofortiges Abschiebemoratorium für die potentiell Begünstigten für dringend geboten: *„Andernfalls besteht die Gefahr, dass einzelne Ausländerbehörden den Ausreisedruck auf diesen Personenkreis kurzfristig noch einmal erhöhen und versuchen werden, vor der Umsetzung Maßnahmen schnell noch harte ‚Abschiebefakten‘ zu schaffen“,* so Jäger weiter.

Abschließend weist der Initiativausschuss auch darauf hin, dass es neben dem integrations- und migrationspolitischen Licht im Ampelvertrag einen schwerwiegenden asylpolitischen Schatten gibt: *„Im Hinblick auf die dramatische Situation an den EU-Außengrenzen belassen es die Koalitionäre an vielen Stellen bei den altbekannten Beileidsbekundungen, bei unverbindlichen Absichtserklärungen, bei Verweisen auf die Zuständigkeit der EU und bei in der Realität längst gescheiterten und deshalb diskreditierten Lösungsansätzen. Auch wenn klar ist, dass wesentliche Entscheidungen hierzu in Brüssel zu treffen sind, hätten sich viele zivilgesellschaftliche Initiativen und viele aufnahmebereite Städte und Gemeinden in Deutschland und in Rheinland-Pfalz hier mehr Mut und klarere Handlungsbereitschaft erwartet.“*

gez.

Torsten Jäger, Geschäftsführer